

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 1. Nachtragshaushaltssatzung sowie der 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltjahr 2005 sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept werden beschlossen.

RM Freygang geht auf den 1. Nachtragshaushaltsplan und das Haushaltskonsolidierungskonzept ein und erklärt, dass sich Rat und Verwaltung noch in der Übungsphase für diesen budget- und produktorientierten Haushalt befinden, aber auf einem guten Weg sind. Es ist vorgesehen, im Jahr 2006 möglichst ohne einen Nachtragshaushalt auszukommen. Weiter weist er darauf hin, dass der größte Betrag im 1. Nachtragshaushalt in Höhe von rund 550.000,00 € für die Attraktivitätssteigerung im Freizeitbad Aqua-Toll vorgesehen ist. Hierbei handelt es sich seiner Meinung nach um eine notwendige Investition, um die Besucherströme nicht abreißen zu lassen. Darüber hinaus schlägt die erhöhte Kreisumlage besonders zu Buche. Es wird in den kommenden Jahren immer schwieriger werden, größere Investitionen zu tätigen. Er führt aus, dass der Fehlbedarf rund 1,4 Mio. € beträgt. Der Schuldenstand wird am 31.12.2005 voraussichtlich 10,5 Mio. € erreichen, was eine Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 496,00 € bedeutet, d. h. ein Plus gegenüber dem Vorjahr von fast 42,00 €. Der durchschnittliche Schuldenstand im Land liegt bei 626,00 €/Einwohner. Er dankt den Mitarbeitern der Verwaltung für dieses umfangreiche Zahlenwerk und die insgesamt gute Arbeit. Weiterhin erklärt er, dass die Mehrheitsgruppe im Bereich der Haushaltskonsolidierung weiterhin eine Verrieselung des Niederschlagswassers forcieren und keine restriktive Befreiungspraxis zum Kanalschluss herbeiführen wird. Bezüglich der Überprüfung der notwendigen oder nicht mehr benötigten Kinderspielplätze hält die Mehrheitsgruppe eine Umnutzung als Gemeinschaftsfläche nicht für sinnvoll, da für die Unterhaltung weiterhin Kosten entstehen würden, die die Stadt sich nicht leisten kann. Besser wäre ein Verkauf dieser Flächen, möglicherweise als Bauland, um Einnahmen zu erzielen. Er bittet um Zustimmung zu der Vorlage.

RM Just erklärt, dass die BfB-Fraktion den 1. Nachtragshaushalt ablehnt. Hauptgrund ist die zusätzliche Ausgabe in Höhe von rund 550.000,00 € für die Sanierungs-, Umbau- und Neubaumaßnahmen des Freizeitbades Aqua-Toll. Er weist darauf hin, dass die Sanierung des Sanitärbereiches unstrittig ist. Seiner Meinung nach ist es aber nicht notwendig, den gesamten Umkleidebereich zu erneuern. Insbesondere sei es nicht erforderlich, Umkleidekabinen und Schränke neu zu kaufen bzw. neu zu installieren, da die vorhandenen Kabinen und Schränke vollkommen ausreichend und funktionstüchtig sind. Ihm ist von Klagen der Badegäste über den Umkleidebereich nichts bekannt. Es liegen ausschließlich Klagen über den Sanitärbereich vor und es gibt gelegentlich Klagen über mangelnde Sauberkeit im Umkleidebereich, die dadurch entsteht, dass bei starkem Betrieb das Personal mit dem Wischen nicht nachkommt. Seiner Meinung nach werden ca. 200.000,00 € ohne Not in einer Situation ausgegeben, in der die Stadt das Geld nicht hat. Durch diese Ausgabe wird das Defizit zum Ende des Jahres von bisher auf 1,16 Mio. € auf 1,4 Mio. € hin steigen. Diese Ausgabe und zusätzliche Verschuldung ist für ihn nicht verantwortbar.

RM Eggerichs erklärt, dass an dem vorliegenden Nachtragshaushalt die Verringerung der Kreditaufnahmen positiv ist. Daraus ergibt sich eine Neuverschuldung, die unter 100.000,00 € liegt. Der erwartete Schuldenstand von 10,55 Mio. bleibt somit im Rahmen der letzten 10 Jahre. Er weist darauf hin, dass sich der strukturelle Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt um ca. 240.000,00 € auf rund 1,4 Mio. € erhöht, verursacht einerseits durch die Erhöhung der Kreisumlage bzw. Verringerung des Anteils an der Einkommensteuer und andererseits durch die Einstellung von 550.000,00 € als Sanierungsbedarf für das Freizeitbad Aqua-Toll. Diese Maßnahme widerspricht den Zielen eines budgetierten Haushalts. Er weist darauf hin, dass zukünftig darauf geachtet werden sollte, die geplanten Ausgaben vor Beginn des Haushaltsjahres zu beschließen und einen Nachtragshaushalt überflüssig zu machen, es sei denn die Liquidität der Stadt wäre gefährdet. Die Maßnahme als solche ist ein Schritt in die richtige Richtung. Im Hinblick auf den Campingplatz erklärt er, dass dieser für die SPD-Fraktion ein Grund war, den Haushalt abzulehnen. Zwischenzeitlich sind noch weitere Gründe hinzugekommen, so z. B. die Ablehnung, über die Vergabe von verbilligten Grundstücken an Familien mit Kindern oder die Nichtvermarktung von Baugebieten in Eigenregie. Auch das man nicht über die Verwendung nicht benötigter Spielplätze als Nachbarschaftstreffpunkt nachdenkt, sondern diese in Bauplätze umwandeln will, hält er für falsch. Er fragt sich, was geschieht wenn sich die Bevölkerungsstruktur in diesen Gebieten wieder ändert.

BM Böhling geht auf den Nachtragshaushalt und die Erhöhung des Fehlbedarfs ein. Er erklärt, dass im

Nachtrag 2005 eine Einnahme aus Einkommensteueranteilen von ca. 3,85 Mio. € veranschlagt wurde. Im Vergleich dazu waren es vor 2 Jahren noch ungefähr 500.000,00 € mehr. Daran kann man sehen, wie schlecht es Deutschland, zumindest was die Steuereinnahmen für die Kommunen angeht, derzeit wirtschaftlich geht. Auch die Erhöhung der Kreisumlage macht für die Stadt höhere Ausgaben von 470.000,00 € im Nachtragshaushalt erforderlich. Er richtet die Bitte an den Landkreis, über eine Absenkung der Kreisumlage nachzudenken, da sich dort die finanzielle Situation wesentlich gebessert hat. Die Stadt muss weiterhin bemüht sein, eigene Gewerbeansiedlungen zu verstärken und es muss weiterhin sparsam gewirtschaftet werden, ohne sich kaputt zu sparen. Hinsichtlich der von RM Just angesprochenen, möglicherweise im Umkleidebereich des Freizeitbades vorhandenen Unsauberkeit erklärt er, dass dieser Eindruck durch die über 30 Jahre alten vorhandenen Fliesen entsteht, die abgenutzt und nur noch schwer zu reinigen sind. Nach mehr als 30 Jahren ist es daher an der Zeit, im Freizeitbad Aqua-Toll eine Sanierung durchzuführen. Zum Haushaltskonsolidierungskonzept erläutert er, dass beabsichtigt ist, die Verwaltungskostensatzung zu ändern, was Mehreinnahmen von ca. 3.000,00 € im Jahr bringt. Weiterhin sollen die Geschäftsausgaben um 3 % reduziert werden. Außerdem sind Grundstücksverkäufe geplant, die haushaltsmäßig noch nicht veranschlagt sind. Für den hauptamtlichen Bürgermeister gibt es in Schortens nur eine Vertreterin, was eine Einsparung von 6.500,00 € jährlich ergibt.

RM Schneider teilt mit, dass es im Nachtragshaushalt einige Einsparmaßnahmen gibt, die durchaus im Sinne ihrer Fraktion sind. Andererseits werden investive Maßnahmen, z. B. für den Campingplatz, nach wie vor abgelehnt. Daher wird Ihre Fraktion dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

RM Haltern erklärt, dass die SPD-Fraktion das Haushaltskonsolidierungskonzept ablehnt. Es beinhaltet z. B. für den Status der selbständigen Gemeinde eine Mehreinnahme in 2006 von ca. 175.000,00 €. Da Schortens als selbständiger Gemeinde durch die Übernahme weiterer Aufgaben auch Kosten entstehen, kann es sich bei der vorgenannten Summe nur um die Bruttosumme handeln. Ausgewiesen werden müsste ihrer Meinung nach jedoch die Nettosumme. Die durch den Verkauf von stadteigenen Grundstücken oder Immobilien wegfallenden Mieteinnahmen und Einsparungen bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung sind für sie eine Selbstverständlichkeit und müssen nicht in das Konsolidierungsprogramm aufgenommen werden. Außerdem kann der Wegfall des Amtes des 2. stv. Bürgermeisters im Jahr 2004 ihrer Meinung nach nicht fortgeführt und immer wieder in das Konzept eingestellt werden. Hinsichtlich der Einführung von 1 €-Kräften erklärt sie, dass diese Maßnahme nicht zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gedacht ist. Im Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Schortens werden hierfür jedoch 15.000,00 € berücksichtigt, die ihres Erachtens dort nicht hinein gehören.

BM Böhling weist darauf hin, dass es sich bei den 15.000 €, die im Haushaltskonsolidierungskonzept für 1 €-Kräfte eingeplant sind, um eine Erstattung des Job-Centers für die Verwaltungsarbeit handelt.

RM Haltern erklärt, dass im Haushaltskonsolidierungskonzept die Formulierung zum Punkt „1 €-Kräfte“ steht: „Die Stadt Schortens stellt im Rahmen des SGB II Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung. Hierfür erstattet das Job-Center Fallpauschalen für anfallende Verwaltungskosten. Nach Abzug der entstehenden Verwaltungskosten verbleibt hieraus ein Überschuss in Höhe von ca. 15.000 €.“

BM Böhling erklärt, dass die Formulierung dieses Punktes falsch ist. Es muss richtig heißen: „Für die anfallenden Verwaltungskosten werden 15.000 € erstattet.“ Bisher haben die Mitarbeiter der Stadt Schortens ABM-Stellen und BSHG-Kräfte bearbeitet, wofür keine Verwaltungskostenerstattung gezahlt wurde. Heute erhält die Stadt diese Kostenerstattung in Höhe von 15.000,00 €, so dass diese Summe in das Haushaltskonsolidierungskonzept eingestellt werden muss.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen der RM Thiesing, Just, Eggerichs und BM Böhling wird wie folgt beschlossen:

Der vorstehende Vorschlag wird mit der vorgenannten redaktionellen Änderung im Haushaltskonsolidierungskonzept mehrheitlich beschlossen.